
Europa-Union Kreisverband Mayen-Koblenz zu 25 Jahre Schengen „Offene Binnengrenzen machen Europa stark“

Heute vor 25 Jahren trat der Schengen-Vertrag in Kraft. Die Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen der Vertragsstaaten entfielen. „Was damals mit den Benelux-Staaten, Deutschland und Frankreich sowie Spanien und Portugal begann, ist nichts anderes als eine weltweit einzigartige Erfolgsgeschichte“, sagt der Vorsitzende der überparteilichen Europa-Union Dr. Peter Keiner.

„Eine ganze Generation junger Europäerinnen und Europäer ist innerhalb dieses für sie offenen Europas groß geworden.“ Zahlreiche weitere EU-Staaten seien im Laufe der Zeit hinzugekommen. „Schengen hat die Menschen mehr miteinander verbunden als mancher europäische Fördertopf. Schengen hat Europa als Heimat erlebbar gemacht“, erklärt Peter Keiner.

Die Corona-Seuche habe zwar zu Grenzkontrollen und teilweise auch zu Grenzschließungen geführt. „Diese Grenzschließungen können aber nur vorübergehend sein und bringen auch nicht viel im Kampf gegen das Corona-Virus“, zeigt sich Peter Keiner überzeugt. Er betont: „Gerade für die Bekämpfung des Virus ist die Europäische Zusammenarbeit unverzichtbar. Mit nationaler Abschottung geht das nicht!“

Sich an die Anfänge der europäischen Reisefreiheit zu erinnern, die Mitte der 1980er Jahre mit einem deutsch-französischen Abkommen begann, bedeute nicht, heutige Probleme auszublenden. „Gegenwärtig gibt es viel Irrationalität, chauvinistisches Gerede und die echte Gefahr eines Rückfalls in alte, längst überwunden geglaubte Zeiten.“ Bürgerschaftliches Engagement wie das der Europa-Union stehe klar gegen diese nationalistischen Tendenzen. „Eine nationalistische Alternative darf es für unser Land in Europa niemals wieder geben. Dafür stehen wir mit unserem Engagement ein“, so der Kreisverbands-Vorsitzende.

Mit Sorge sieht die Europa-Union Deutschland, dass Europa zur Festung werde. „Einige wollen an den EU-Außengrenzen undurchlässige Mauern hochziehen.“ Die Europa-Union fordere hingegen eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik. „Menschenrechte dürfen nicht mit Verweis auf unsere Reisefreiheit im Inneren aufgegeben werden“, unterstreicht Peter Keiner.